

# Presseinformation

Wiesbaden, 30. August 2024

## **Sozialministerin Hofmann übergibt Förderbescheid an Bildungsstätte Anne Frank e.V. für Aufbau eines *Kompetenzzentrums Rassismus und Antisemitismus in der Migrationsgesellschaft***

Sozialministerin Heike Hofmann hat der Bildungsstätte Anne Frank e.V. (BAF) einen Bescheid zur Förderung des Projekts zur Etablierung eines *Kompetenzzentrums Rassismus und Antisemitismus in der Migrationsgesellschaft* übergeben. Die Fördersumme für den Zeitraum bis Ende 2024 beläuft sich auf rund 56.000 Euro. „Unser Haus arbeitet schon seit 2018 vertrauensvoll mit der BAF als Integrationsvertragspartnerin zusammen. Seitdem wurden die Projekte *Antisemitismus und Rassismus in der Migrationsgesellschaft (2018 bis 2021)* sowie *Globale Konflikte und hessische Allianzen (2021 bis 2024)* realisiert. Deshalb freue ich mich, dass sich mit der Etablierung des Kompetenzzentrums nun gleich eine weitere Zusammenarbeit anschließt“, sagte die Ministerin bei ihrem Besuch in Frankfurt.

Das neue Projekt stellt eine Weiterentwicklung der beiden vorherigen dar und baut auf den bei deren Umsetzung gewonnenen Erfahrungen auf. Mit dem geplanten Kompetenzzentrum sollen langfristige Bildungs- und Beratungsstrukturen geschaffen werden, die den interkulturellen Dialog fördern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. „So entsteht eine zentrale Anlaufstelle, die die bei der BAF bereits vorhandene Expertise im Bereich Rassismus und Antisemitismus vertieft und verbreitet und ein Netzwerk unter den in diesem Handlungsfeld tätigen Akteuren knüpft. Das ist ein Vorhaben, das wir mit unserem Haus gerne unterstützen“, sagte Hofmann.

„Wir freuen uns, zusammen mit dem HMSI dieses innovative Beratungs- und Bildungsangebot für Hessen auf den Weg zu bringen: Mit dem Kompetenzzentrum können wir künftig einen wichtigen Beitrag leisten, um Antisemitismus und Rassismus in unserer Gesellschaft wirksam und nachhaltig zu bekämpfen“, sagt Dr. Deborah Schnabel,

Direktorin der Bildungsstätte Anne Frank. „Angesichts der zunehmenden Bedrohungen durch antisemitische und rassistische Ideologien ist es von entscheidender Bedeutung, konkrete Schritte zu unternehmen, um diese Formen von Hass und Diskriminierung einzudämmen und eine Kultur der Akzeptanz und des Respekts zu fördern.“ Das innovative Bildungs- und Beratungsangebot richtet sich vor allem an Fachpersonen, aber auch an Vertreter von Nichtregierungsorganisationen und Interessierte; es soll Räume schaffen, um bewährte Methoden auszutauschen, neue Ansätze zu diskutieren und gemeinsam an Lösungen zu arbeiten.

Am 25. September, 18 Uhr, findet im Rahmen der Projektförderung in der Bar Shuka in Frankfurt unter dem Titel *Sparkle of Hope* eine Veranstaltung statt, die die Folgen und Auswirkungen des Terrors vom 7. Oktober 2023 und des daran anschließenden Kriegs in Nahost auf unsere Gesellschaft thematisiert. Dabei kommen Betroffene zusammen, um über Zusammenhalt in schwierigen Zeiten zu sprechen und sich über ihre Erfahrungen auszutauschen. Bereits tagsüber bietet ein nicht öffentliches Netzwerktreffen hessischen Nichtregierungsorganisationen die Möglichkeit, sich über die Auswirkungen des 7. Oktobers und des Gaza-Kriegs auf ihre Arbeit auszutauschen.

Die Bildungsstätte Anne Frank e.V. wurde 1994 als Einrichtung der historisch-politischen Bildung gegründet. Sie ist eine bundesweit anerkannte Akteurin in Sachen Antisemitismusprävention und Rassismus-Bekämpfung, führt Workshops durch, organisiert Veranstaltungen und macht verschiedenste Bildungs- und Beratungsangebote – insbesondere, um für gesellschaftliche Vielfalt und Gleichberechtigung zu sensibilisieren und um antisemitischen und rassistischen Tendenzen entgegenzuwirken.

Im Mai 2018 wurde zwischen BAF und Hessischem Sozialministerium ein Integrationsvertrag mit dem Ziel geschlossen, eine Allianz zwischen Staat und Zivilgesellschaft zu bilden, die Antisemitismus und Rassismus gemeinsam bekämpft. Integrationsverträge sind seit dem vergangenen Jahr auch im Hessischen Integrationsplan und im Hessischen Integrations- und Teilhabegesetz als ein Instrument verankert, das den Dialog zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen im Rahmen fester Vereinbarungen fördert.

\*\*\*